

BEKANNTMACHUNG

Dienstleistungsauftrag

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Deutscher Bundestag, - Verwaltung -

Referat ZT 6, Vergaben,

Platz der Republik 1,

,

z. Hd. von Geschäftszimmer,

11011 Berlin,

DE

Tel.: +49 30-227-33234.

E-Mail: vergabereferat@bundestag.de.

Telefax: +49 30-227-30374.

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers: www.bundestag.de.

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen.

Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen.

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen.

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

I.3) **Haupttätigkeit(en):**

Allgemeine öffentliche Verwaltung.

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber:**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein.

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

Buchbindearbeiten (ZT6-1133-2016-084-17-ID1).

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistung.

Dienstleistungskategorie: Nr. 11.

Hauptort der Dienstleistung:

Referat ID 1, Bibliothek

Platz der Republik 1

11011 Berlin

NUTS-Code: DE300.

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Rahmenvereinbarung

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 2 Jahre.

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Buchbindearbeiten für die Bibliothek des Deutschen Bundestages

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

79971200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Nein.

II.1.8) Aufteilung in Lose:

Nein.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

Nein.

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Jährliches Mengengerüst: Eingeklebte Originalbroschuren: ca. 3.500 Bände Periodikabroschuren:

ca. 300 Bände Broschuren von Einzelblättern: ca. 800 Bände Steifbroschuren: ca. 550 Bände

Gewebebände: ca. 2000 Bände Zeitungsbände: Einzelstücke nach Anfall Verlagsdecken: Einzelstücke

nach Anfall Kollationieren: Einzelstücke Nach Anfall Einfache Kartentaschen: Einzelstücke nach Anfall

Signaturendruck: Einzelstücke nach Anfall Rückentitel: Einzelstücke nach Anfall Sonderarbeiten:

Einzelstücke nach Anfall Bearbeitung "Eilt": Einzelstücke nach Anfall Bearbeitung "Nachträgliches Eilt":

Einzelstücke nach Anfall Bearbeitung "Sofort": Einzelstücke nach Anfall Die angegebenen Mengen können

sich im Laufe des Jahres erhöhen bzw. verringern. Die Auftraggeberin sichert für die beiden Jahre der

regulären Vertragslaufzeit jeweils 75 % des Gesamtumfanges zu, für die optionalen Verlängerungsjahre

jeweils 65%.

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Ja.

Beschreibung der Optionen:

Es besteht die zweimalige Option zu Gunsten der Auftraggeberin zur Verlängerung des Vertrages um jeweils 12 Monate. Ein Anspruch auf Ausübung der Optionen besteht nicht. Die Auftraggeberin hat die Möglichkeit, die Option bis spätestens drei Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit auszuüben.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Keine Angaben.

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Auftragsdauer in Monaten: 24.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Keine

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Leistungsbeschreibung und Besondere Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

gesamtschuldnerisch haftend

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:

Nein.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht.
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz: Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.
- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen

vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
siehe links

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer. - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS". - Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im auftragsrelevanten Bereich (Buchbindearbeiten). Der Jahresumsatz muss jeweils mindestens 100.000 Euro betragen. Bei Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern sind die jeweiligen Jahresumsätze zu addieren (es genügt, wenn die erforderliche Gesamtsumme dadurch erreicht wird). Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes. - Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 50.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen. - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden. - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten. Im Falle der Benennung von Unterauftragnehmern sind Verpflichtungserklärungen der vorgesehenen Unterauftragnehmer beizufügen, in welchen diese sich verpflichten, im Falle des Zuschlags die benannten Teilleistungen zu erbringen.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angabe von mindestens drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (Buchbindearbeiten) in den letzten drei Jahren. Mindestens zwei der Referenzen müssen von Behörden-, Universitäts- oder Institutsbibliotheken stammen. Die Referenzen werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Werden die Referenzen durch die Präqualifizierungsangaben abgegeben, so sind die vergleichbaren Referenzen konkret zu benennen. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen. - Eigenerklärung über die Anzahl der beim Bieter in den letzten drei Jahren beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen. Es mussten jeweils mindestens drei Mitarbeiter beim Bieter beschäftigt gewesen sein, davon mindestens zwei Mitarbeiter mit einer Fachausbildung im Buchbindehandwerk. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots. - Eigenerklärung über die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter. Für die Leistungserbringung müssen mindestens drei Mitarbeiter bereitgehalten werden; davon mindestens zwei Mitarbeiter mit einer Fachausbildung im Buchbindehandwerk. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots. - Für die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter (mindestens drei) sind folgende Nachweise zu erbringen: --> Kopie des Meisterbriefes/Gesellenbriefes

(Buchbindehandwerk) - Eigenerklärung über die Dauer der Tätigkeit im auftragsrelevanten Bereich (Buchbindearbeiten); diese muss mindestens bei fünf Jahren liegen. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots. - Eigenerklärung über die technische Ausstattung des Bieters. - Vorlage von mindestens zwei Musterbänden "Steifbroschur" gemäß Ziffer 4 der Leistungsbeschreibung. - Vorlage von mindestens zwei Musterbänden "Halb- und Ganzgewebeband" gemäß Ziffer 5 der Leistungsbeschreibung. - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden. - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten. Im Falle der Benennung von Unterauftragnehmern sind Verpflichtungserklärungen der vorgesehenen Unterauftragnehmer beizufügen, in welchen diese sich verpflichten, im Falle des Zuschlags die benannten Teilleistungen zu erbringen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
siehe links

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge:

Ja.

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:

Nein.

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen:

Ja.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart:

Offenes Verfahren.

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Vergabe-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt:

Nein.

IV.3) Verwaltungsinformationen

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

ZT6-1133-2016-084-17-ID1

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Nein.

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

23.05.2016 23:59:59 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

24.05.2016 12:00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis: 15.07.2016

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Ort: entfällt.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) Dauerauftrag:

Nein.

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:**

Nein.

VI.3) **Sonstige Informationen:**

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 17.05.2016 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:**

Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes
Villemombler Str. 76
53123 Bonn
DE
Telefon: +49 228/94990
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
Telefax: +49 228/9499163
<http://www.bundeskartellamt.de>

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen:**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 7 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

11.04.2016.